agarp
Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz

Newsletter

Nr. 44 / November 2013

Editorial

Liebe Leser_innen,

angesichts der laufenden Koalitionsverhandlungen fordern viele Initiativen und Organisationen öffentlich einen grundlegenden Wechsel in der Integrationspolitik. Sei es die Forderung nach einem eigenen Integrationsministeriums jenseits vom Ministerium des Inneren, wie die Türkische Gemeinde fordert, die Entwicklung einer migrationspolitischen Gesamtstrategie wie sie der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration vorschlägt, oder den Offenen Brief des Rats für Migration (siehe S. 3), der anschaulich verdeutlicht, dass konkurrierende Kompetenzen und Zuständigkeiten der verschiedenen Ministerien eine kohärente Integrationspolitik verhindern, ja sogar lähmen. Wiederkehrend bündeln die Forderungen so unterschiedlich sie in manchen Punkten auch sein mögen, eine zentrale Aussage: Es muss dringend etwas passieren auf der migrationspolitischen Bühne!

Die Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD verlaufen jedoch auf zäh. Bei einem Großteil der Themen sind sich die beiden Parteien gänzlich uneinig. Auch bei migrationspolitischen Themen vertreten Union und SPD in den wesentlichen Punkten konträre Positionen.

Welche Aussichten bestehen also für einen Wechsel in der Migrations- und Integrationspolitik in der nächsten Legislaturperiode?

Wie hoch sind die Chancen, dass die doppelte Staatsbürgerschaft eingeführt und die Optionspflicht endlich abgeschaft wird? Was wird – ein Scheitern der doppelten Staatsbürgerschaft vorausgesetzt – aus dem Thema Kommunales Wahlrecht für Drittstaatangehörige?

Gibt es jetzt ein ehrliches Interesse die Flüchtlingspolitik menschenwürdig zu gestalten? Jenseits von zugedeckten Leichen an Europas Mittelmeerküsten und katastrophalen Unterkünften in der Bundesrepublik? Ein Willen für eine Politik jenseits von Residenzpflicht und Asylbewerberleistungsgesetz?

Und wie steht es um den Ansatz der Interkulturelle Öffnung, der weitaus mehr bedeutet, als verstärkt Menschen mit Migrationsgeschichte einzustellen und der eines stärkeren gesetzlichen Rückhalts und der Bereitstellung von Ressourcen bedarf um Institutionen an die Bedürfnisse der Einwanderungsgesellschaft anzupassen.

Wird es nun eine breitere Diskussion und eine Erweiterung des Rassismus Begriffs geben und wird dieser dann auch endlich Einzug in die bundespolitischen Debatten erhalten? Besteht die Chance, dass die Sarrazin-Debatte, die Morde des NSU, Racial Profiling sowie die deutsche Flüchtlingspolitik im Hinblick auf Rassismus zusammengedacht werden?

Jüngst veröffentlichte die Friedrich-Ebert Stiftung ein Positionspapier, in dem für einen Perspektivenwechsel in der Migrations- und Integrationspolitik auf bundespolitischer Ebene plädiert wird (siehe S. 3). Trotz der vielfältigen Aktivitäten auf Bundesebene im Bereich der Migrationspolitik, fehle es nach wie vor an einem schlüssigen Gesamtkonzept, so die Einschätzung der Autor_innen.

Es gibt also viel zu tun auf der migrationspolitischen Bühne. Nutzen wir die aktuellen Debatten um die verschiedenen Fragen zusammenzuführen und zu beantworten. Am Ende des Stücks ist der Wechsel vollbracht, also (hoffnungsvoll) Vorhang auf!

Ihr AGARP-Redaktionsteam

Inhalt

Editorial	1
Rat für Migration	2
Menschenrecht und Alter	2
Rechtsextreme Straftaten	3
Vielfaltfinder	3
Zahl der Asylbewerber_innen	3
Perspektivenwechsel	4
Rassismus und Sprache	4
Landesgesetz	4
Integration und Schule in RLP	5
IKÖ in der offenen Jugendarbeit	5
Zum Nachdenken	5
AGARP on tour	6
AGARP Mitgliederversammlung	6
Arbeit der Beiräte	7

Impressum

Herausgeberin:
AGARP. Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz
Frauenlobstr. 15-19
55118 Mainz

Redaktion und Texte:
J. Adler, N. Canpolat, I. Hoensch, F. Kocatürk, S. Özen, E. Secker, S. Soendgen, S. Soyer, S. Steller, H. Tor, C. Wittmer

Kontakt
newsletter@agarp.de
Tel. 06131/ 638435

Rat für Migration fordert institutionelle Reformen in der Integrationspolitik

Empfehlung eines Querschnitts-Ministeriums

Der Rat für Migration ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Wissenschaftler_innen, dessen zentrale Aufgabe die kritische Begleitung der Politik in Fragen der Migration und Integration ist. Der Rat hat nun in einer Petition eine institutionelle Reform im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik gefordert. Bislang unterstützen über sechzig Wissenschaftler_innen und weitere Erstunterzeichner_innen die Petition und fordern die künftige Bundesregierung auf, die Integrationspolitik institutionell zu reformieren.

Die verschiedenen Zuständigkeiten auf Bundesebene führen zu einer zunehmenden Handlungslähmung von konkurrierenden Kompetenzen. So heißt es in der Petition: „Das Bundesministerium des Innern (BMI) versteht sich als Integrationsministerium, vor allem mit Blick auf die integrationspolitischen Instrumente des Aufenthaltsgesetzes. Die Federführung für Fragen der Arbeitsmigration liegt beim Bundesarbeitsministerium. Die Visavergabe in den deutschen Auslandsvertretungen fällt in die Zuständigkeit des Bundesaußenministers. Eine Vielzahl von anderen, mit Integrationsfragen befassten Ministerien hat inzwischen selber ein Integrationsreferat oder einen Integrationsschwerpunkt. Um die diffundierenden Kräfte zu koordinieren, wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die aber institutionell nicht hinreichend abgesichert ist. Im Bundeskanzleramt sitzt das Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Sie hat aber keine Zuständigkeit für das in Nürnberg residierende Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das zugleich mit seinen Integrationskursen eines der wichtigsten Gestaltungszentren für Integrationsförderung ist, aber dem Bundesinnenministerium zugeordnet wurde."

Empfohlen wird stattdessen ein Querschnitts-Ministerium, das die Aufgabenbereiche Migration und Integration mit der Arbeits- und Sozialpolitik verknüpft und darüber hinaus die Brücke zu anderen, für Migration und Integration wichtigen Aufgabenfeldern schlägt. Dies wäre ein aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales hervorgehendes Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Migration und Integration. Hier sollte künftig auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als nachgeordnete Behörde angebunden sein. Das Amt der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung sollte in Kompetenz und Ausstattung gestärkt werden. Bei dem neuen Ministerium läge dann auch die Federführung für die Verhandlungen auf der Ebene der Europäischen Union, wo zentrale Fragen des Migrationsrechts heute entschieden werden. Schließlich sollten in Bundestag und Bundesrat entsprechende Fachausschüsse gebildet werden, um die Arbeit zu flankieren und zu kontrollieren.

In den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen sind Integration und Ausländerrecht bereits gemeinsam in einem Ministerium verankert, was eine kohärente Politik erleichtert. Allerdings ist das nur in Rheinland-Pfalz ein sozialpolitisches Ressort (Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen).
Die Petition findet sich hier.

Menschenrechte sind keine Frage des Alters

Neue Studie des Instituts für Menschenrechte

Nach aktuellem Stand sind in Deutschland 16 Millionen Menschen älter als 65 Jahre. Diese Altersgruppe rückt aufgrund des demographischen Wandels immer stärker in den Mittelpunkt der politischen Diskussionen.

Auch das Institut für Menschenrechte greift den Aspekt des Älterwerdens auf und untersucht die Frage nach dem Umfang, der Umsetzung und der Wirkung der aktuellen Schutzmechanismen für ältere Menschen. In der im September 2013 veröffentlichten Studie gibt Claudia Mahler einen umfassenden Überblick über die aktuellen Debatten zum Thema Menschenrechte für ältere Menschen auf nationaler, internationaler und regionaler Ebene. Die Ergebnisse legen nahe, dass die Menschenrechte für ältere Bürger_innen sowohl auf der internationalen als auch auf der nationalen Ebenen nicht umfassend erfasst sind und vermitteln ferner den Eindruck, dass ihre fehlende Umsetzung in der Politik nicht wahrgenommen wird.

Die Studie bezweckt einerseits eine Aufklärung über den aktuellen Stand dieser Thematik und führt zur entsprechenden Wissenserweiterung. Andererseits zeigt sie einige Lösungsansätze mit entsprechenden Wegen zur Situationsverbesserung auf und gibt entsprechende Empfehlungen an die Regierung, Gesellschaft und Wissenschaft.

Weitere Informationen finden Sie hier.

Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine

23.11.2013 **Interkulturelles Fest, Bendorf,** 13.00-18.00 Uhr. Nähere Infos hier!

30.11.2013 **Netzwerkarbeit – Nein, danke? Ja, bitte!** Germersheim, 11.00-16.00 Uhr. Nähere Infos hier!

12.12.2013 **Muslimische Frauen in Deutschland - Zwischen Akzeptanz und Ablehnung,** Worms, 9.00-17 Uhr Nähre Infos hier!

Zahl der rechtsextremen Straftaten steigt

Neue Zahlenmeldungen der Bundesregierung für August 2013

Laut den neuesten Meldung der Bundesregierung zu ausländerfeindlichen und rechtsextremen Straftaten wurden im August 2013 deutschlandweit insgesamt 1.232 Straftaten im Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“, 335 Straftaten im Bereich „Hasskriminalität“ sowie 276 Straftaten mit sogenannten fremdenfeindlichem Hintergrund registriert. Darunter wurden 8% Gewalttaten sowie 50% Propagandadelikte festgestellt, restliche Straftaten sind als „sonstige“ bezeichnet.

Im Vergleich zur letzten Meldung für April 2013 wurden ca. 28 % mehr Straftaten verübt. Unverändert bleibt die Tatsache, dass ca. 88 % aller Tatverdächtigen männlich sind. Diese Angaben sind noch vorläufig und können durch Nachmeldungen verändert werden.

Wie bisherige Erfahrungen gezeigt haben, ist die Zahl der realen Straf- und Gewalttaten in der Regel doppelt so hoch. Weitere Informationen finden Sie hier.

Raus aus der Schublade! - Onlinedatenbank „Vielfaltfinder“

Fachübergreifende Onlinedatenbank von Expert_innen mit Migrationsgeschichte

Warum eigentlich keine Steuerexpertin mit vietnamesischen Hintergrund? - Menschen mit Migrationsgeschichte kommen in den Medien und Öffentlichkeit zumeist nur zu Wort wenn es um klassische Migrationsthemen geht. Um diesem einseitigen Bild Abhilfe zu schaffen und die Pluralität der Gesellschaft auch unter Expert_innen verschiedenster Fachgebiete aufzuzeigen, haben die Neuen deutschen Medienmacher (NdM) das erste fachübergreifende deutsche Online-Recherche-Tool „Vielfaltfinder“ erstellt. Seit dem 1. Oktober können Journalist_innen kostenfrei Fachleute, Referent_innen und Interviewpartner_innen aus allen Wissensgebieten wie Politik, Wirtschaft, Gesundheit, Kunst etc. im Vielfaltfinder recherchieren.

Ziel des Projekts ist es, die Pluralität der Gesellschaft auch unter den Expert_innen der öffentlichen Medien sichtbar zu machen. Die Datenbank wird fortlaufend erweitert.

Mehr Informationen finden sie hier!

Zahl der Asylbewerber_innen in den letzten Monaten gestiegen

Aktuelle Meldung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

Im September 2013 veröffentlichte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aktuellen Zahlen zu Asylverfahren. Daraus geht hervor, dass das Bundesamt im Erscheinungsmonat den Höchstwert an Erstanträgen seit Oktober 1996 verzeichnet hat. Im Vergleich zum September 2012 ist die Zahl um 71,3 % gestiegen. Ein Drittel der Erstantragssteller kam aus den Westbalkanländern (Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Montenegro). Die Entwicklung der Erstantragszahlen aus den letzten fünf Jahren zeigt, dass im Zeitraum vom 01. Januar bis 30. September 2013 ein Höchststand an Asylanträgen (74.194 Anträge) registriert wurde. Von den 55.286 in diesem Jahr bereits getroffenen Entscheidungen über Erst- und Folgeanträge waren 39,2 % mit einer Ablehnung verbunden, während 27,4 % positiven Ausgang fanden.

Weitere Informationen finden Sie hier.

Perspektivenwechsel in der Einwanderungsgesellschaft

Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) entwirft Grundlagen für eine neue Migration- und Integrationspolitik

Der Gesprächskreis Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hat eine Expertengruppe einberufen, die notwendige Perspektivenwechsel in der Migrationspolitik auf bundespolitischer Ebene erarbeitet. In einem kürzlich erschienen Positionspapier „Perspektivenwechsel in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Grundlagen für eine neue Migrations- und Integrationspolitik“, wird die These vertreten, dass die Reformen im Bereich Migration und Integration zu kurz greifen, u.a. fehle es z.B. an einem Selbstverständnis in der Politik, das ein neues gesellschaftliches Zusammengehörigkeitsgefühl jenseits von ethnischer Zugehörigkeit vermittelt. Es werden insgesamt fünf Bereiche für einen Perspektivenwechsel auf bundespolitischer Ebene vorgeschlagen: Ein neues Verständnis von Integrationspolitik, Interkulturelle Öffnung der Bundesministerien und der nachgeordneten Behörden, Flüchtlingsschutz und Aufenthaltsrecht auf frühzeitige Teilhabe ausrichten sowie die Neuordnung von Organisation und Zuständigkeiten der Migrations- und Integrationspolitik.

Ausführliche Informationen finden sie in der online erhältliche Publikation hier!

Leitfaden für einen rassismuskritischen Sprachgebrauch

Neue Broschüre erschienen

Diese Handreichung eignet sich vor allem für Journalist_innen, ist jedoch auch in anderen Bereichen hilfreich. Es finden sich darin zahlreiche praxisnahe Tipps, wie versehentliche Diskriminierungen vermieden werden können. Sie zeigt auch, wie die vorherrschenden Bilder über Schwarze Menschen, Sinti und Roma sowie muslimische Menschen entstanden sind. Der Leitfaden soll dabei helfen, eigene Bilder und Vorgehensweisen zu hinterfragen und so diskriminierender und verletzender Sprache keinen Raum zu geben. Die Veröffentlichung der Broschüre wurde durch die Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung NRW sowie durch finanzielle Mittel der Stadt Köln, der Amadeu Antonio Stiftung sowie des Vereins Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. ermöglicht.

Der Leitfaden kann hier als PDF-Version heruntergeladen werden oder in Druckform mit ansprechenderem Layout gegen Porto oder eine freiwillige Spende hier bestellt werden.

Landtag beschließt Gesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Neue gesetzliche Grundlage in Rheinland-Pfalz

Am 18. September 2013 hat der rheinland-pfälzische Landtag das so genannte Berufsqualifizierungsfeststellungsgesetz (BQFG) verabschiedet. Das BQFG des Bundes gilt nur für die dort aufgeführten bundesrechtlich geregelten Berufe. Das BQFG Rheinland-Pfalz gilt für alle landesrechtlich geregelten Berufe, sofern andere berufsrechtliche Regelungen keine Abweichungen vorsehen.

Für Lehrer_innen wird ein neues Gesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Lehramtsqualifikationen eingeführt, die notwendige Ausführungsverordnung liegt noch nicht vor.

Vom Gesetz zur Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen Rheinland-Pfalz (weitgehend) ausgenommen sind die Berufe, in denen die jeweiligen Fachgesetze entsprechende oder weitergehende Regelungen geschaffen haben, wie zum Beispiel die Regelungen zur Weiterbildung in den Gesundheits- und Heilberufen, das Architekten- und das Ingenieurkammergesetz oder Regelungen für einzelne Sozialberufe.

Die für die Berufe der Architekt_innen und Stadtplaner_innen geltenden Anerkennungsregeln bleiben bis auf wenige Ausnahmen unverändert. Gleiches gilt für die Anerkennungen durch das Ingenieurkammergesetz.

Das Wirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz hat umfassende Informationen zu den neuen Regelungen zusammengestellt. Diese finden Sie hier.

Rheinland-Pfalz liegt im Bereich der Integration auf dem ersten Platz

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln präsentiert die aktuelle Studie über das deutsche Bildungssystem

„Bildungsmonitor“ heißt die Studie, die bereits seit 2004 im Auftrag von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ihre Forschungsergebnisse im Bereich der deutschen Bildungssysteme präsentiert. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln untersucht jährlich die Bildungspolitik der einzelnen Bundesländer und misst die erkennbaren Fortschritte in unterschiedlichen Handlungsfeldern.

Laut der aktuellen Forschungsergebnisse hob sich Rheinland-Pfalz dieses Jahr im Handlungsfeld Integration vom Durchschnitt ab und belegte damit den ersten Platz, während die Ergebnisse ein Jahr zuvor lediglich im Durchschnitt lagen.

Die Anzahl der ausländischen Schulabgänger ohne Abschluss ging im Laufe der letzten Jahre kontinuierlich zurück und lag dieses Jahr bei einem überdurchschnittlichen Wert von 10,8 %. Der Bundesdurchschnitt lag im Vergleich dazu bei 11,8 %. Eine Studienberechtigung erhielten in Rheinland-Pfalz 13 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, im Bundesdurchschnitt waren es nur 11 %.

Ausführliche Informationen zu weiteren Forschungsergebnissen finden Sie hier.

Website zur interkulturellen Öffnung der offenen Jugendarbeit

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. stellt die ersten Ergebnisse des aktuellen Projektes vor

Bereits seit fast einem Jahr arbeitet das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (ism) in dem Projekt zur Förderung interkultureller Öffnung in der Jugendarbeit, das durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie vom Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz (MIFKJF) bis 2015 gefördert wird. In der speziell für dieses Projekt eingerichteten Website werden bisherige und zukünftige Forschungsergebnisse zu diesem Thema präsentiert sowie die neu entwickelten Konzepte im Bereich der interkulturellen Jugendarbeit für entsprechende Umsetzungen bereit gestellt. Neben Hintergrundinformationen zur Interkulturellen Öffnung und zum Projekt finden Interessent_innen auf der Website drei Datenbanken, die ihnen Recherchen nach Einrichtungen, Methoden und Materialien zur offenen Jugendarbeit erleichtern. Weitere Informationen finden Sie hier.

Zum Nachdenken

Diversity

Varieté der Varietäten oder ist Vielfalt kategorisierbar?

Vielfalt ist ein Singularetantum. Ein Wort, das keiner Mehrzahl bedarf und doch für Pluralität steht. Das ursprüngliche Wort *diversitas* (lat.) hat eine lange Reise hinter sich.

Fest steht, dass mit dem Begriff *Diversität* auf Unterschiede und Varianzen in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sogar naturwissenschaftlichen Bereichen hingewiesen wird. Doch sprechen wir von *Diversity*, meinen wir nicht die Variabilität von Ökosystemen oder die Unterschiede chemischer Molekülstrukturen. Nein, gemeint ist eine Haltung, die die Wertschätzung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen Individuen voraussetzt.

Notwendig ist die Sensibilisierung für Ungleichbehandlungen und die Förderung von Vielfältigkeit im alltäglichen Miteinander. Dabei sind Dimensionen wie Geschlecht, Alter, sexuelle Orientierung, ethnische Zugehörigkeit, Weltanschauung und Religionszugehörigkeit, sowie physische Fähigkeiten gleichberechtigt.

Das Ziel muss die Chancengleichheit und Anerkennung aller Menschen sein, die aufgrund eines oder mehrerer Merkmale benachteiligt sind. Vielfalt zu verstehen und zu gestalten bleibt Aufgabe eines jeden Menschen im täglichen Miteinander.

Jan Carlos Wittmer, AGARP

„AGARP on tour“ mit Qualifizierungsseminar „PR-Praxis – kreative Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit“

Vorstand der AGARP zu Besuch in Remagen

Am 31.08.13 fand in Remagen in Kooperation mit dem kommunalen Beirat das Netzwerktreffen des AGARP Vorstandes „AGARP on tour“ mit der Verzahnung des Projektes „Vielfalt und Kompetenz vor Ort – Politische Partizipation von Migrant_innen erfolgreich gestalten“ statt, bei der die kommunalen Beiräte und der Vorstand mit Projektmitarbeiterinnen der AGARP am Vormittag in Austausch traten. Anschließend erfolgte im Rahmen des o.g. Projektes das 1. Qualifizierungsseminar „PR-Praxis – kreative Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit“.

Nach der Begrüßung durch den Vorstandsvorsitzenden Herrn Selim Özen, sprach der Stellvertretende Bürgermeister Remagens Hans-Joachim Bergmann ein Grußwort. Er betonte die Wichtigkeit der Arbeit der Beiräte für das Gemeinwohl in der Gesellschaft und lobte die Beiratsmitglieder für ihr Engagement. Auch brachte er zum Ausdruck, dass die Beiräte in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen werden müssten, weshalb es solcher Qualifizierungsmaßnahmen bedürfe.

Der AGARP-Vorstand ging mit den kommunalen Beiräten in den Dialog, wobei verschiedene Themen aufgegriffen wurden, etwa die Zusammenarbeit der kommunalen Beiräte mit den Verwaltungen, Unterstützungsbedarfe der Beiräte, die bevorstehenden Beiratswahlen 2014, die Kommunalwahlen und die Interkulturelle Öffnung der Pflegeeinrichtungen. „Die AGARP ist ein politisches Gremium“, so Vorstandvorsitzender Selim Özen, der dies betonte, um die Arbeit der Beiräte zu unterstützen und sie an ihre Aufgaben zu erinnern.

Herr Jörg Pelka, Referent des Seminars zur Öffentlichkeitsarbeit, wies darauf hin, dass durch kreative Ideen mit geringen finanziellen Mitteln und guter Kooperationen die Aufmerksamkeit der Menschen auf sich gezogen werden kann. Die Teilnehmer_innen wurden dazu ermutigt, sich mit unkonventionellen Methoden in der Öffentlichkeit aufzustellen und ihre Öffentlichkeitsarbeit interaktiver zu gestalten, damit sie mehr Interesse in der Öffentlichkeit erzielen und sich dadurch mehr Gehör verschaffen.

Das Qualifizierungsseminar, das im Rahmen des Projektes „Vielfalt und Kompetenz vor Ort“ stattfand, wird gefördert durch das Bundesministerium des Innern, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen in Rheinland-Pfalz. Das Projekt läuft vom 01. März 2013 bis 28. Mai 2015. Weitere Informationen hierzu finden Sie hier.

Falls Sie als Beirat an Qualifizierungsseminaren interessiert sind, wenden Sie sich bitte an Havva.Tor@agarp.de.

AGARP-Mitgliederversammlung in Koblenz

Vorstellung der Ergebnisse der Evaluation zur Reform der Ausländerbeiräte

Auf der Mitgliederversammlung der AGARP, die am 26. Oktober 2013 im Rathaus der Stadt Koblenz stattfand, wurden erstmalig die Ergebnisse der Evaluation der Reform der Ausländerbeiräte von 2009 präsentiert. Die Evaluation wurde vom Land in Auftrag gegeben und durch das Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz (ism) durchgeführt. Frau Dr. Birgit Jagusch (ism) stellte zentrale Ergebnisse der Evaluation vor. So wurde z.B. die Ausweitung des Wahlrechts auf Spätaussiedler_innen und Eingebürgerte sowie die Vereinfachung der Wahlorganisation und Durchführung der Wahlen als sehr positiv bewertet. Auch die Zusammensetzung der Beiräte mit direkt gewählten und berufenen Mitgliedern seitens der Parteien wurde begrüßt.

Der Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration, Herr Miguel Vicente, präsentierte in seinem Vortrag zentrale Empfehlungen für die Arbeit der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz. Vicente verwies dabei auch auf Punkte, die vor allem im Hinblick auf die Beiratswahlen 2014 relevant sein werden und diskutierte diese mit den Delegierten. Zusammenfassend beurteilte Vicente die Reform als sehr gelungen.

Darüber hinaus wurde der neugegründete Beirat der Stadt Simmern auf der Versammlung begrüßt und von den Delegierten willkommen geheißen.

Selim Özen, Vorstandsvorsitzender der AGARP begrüßte den neuen 2. Vorsitzenden Tahir Sucubasi (3. von links) sowie die Beiratsmitglieder Elife Zevrek (links) und Ünsul Eleoglu (rechts).

Die Neugründung zeige wie wichtig die Arbeit der Beiräte nach wie vor sei, so Özen.

Beispiele der Arbeit der Beiräte für Migration und Integration

Die Aufgaben der Beiräte für Migration und Integration sind vielfältig. Sie reichen von der Interessenvertretung der eingewanderten Bevölkerung einer Gemeinde/ Stadt/ Verbandsgemeinde oder eines Landkreises über Zusammenarbeit mit ihrer jeweiligen Kommune, um ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Ihrer Kommune zu erreichen, bis hin zum Einsatz gegen Vorurteile und Diskriminierung in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt.

Die Migrationsbeiräte haben die Aufgabe, (gesellschafts-) politische Entwicklungen und Vorkommnisse zu beobachten, diese mit den politischen Verantwortlichen zu thematisieren und gemeinsam die Integrationspolitik in der Kommune zu gestalten. Die folgenden Beispiele zeigen, wie die Beiräte vor Ort migrationspolitische Themen aufgreifen und aktiv gestalten können.

Schicken auch Sie uns Informationen zu Ihren Veranstaltungen vor Ort, wir berichten gerne über diese in unserem Newsletter.

Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und die Arbeit der Bundespolizei

Informationsveranstaltung des Beirates für Migration und Integration Trier

Seit April 2012 gilt in Deutschland das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (kurz BQFG). Wichtige Fakten dazu stellte Karsten Lehmann im Trierer Beirat vor. Er ist Mitarbeiter von Schneider Organisationsberatung in Trier und berät und informiert zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse im Landesnetzwerk „Integration durch Qualifizierung“ (IQ) Rheinland-Pfalz. Die Anerkennung ist unabhängig vom Aufenthaltsstatus und gilt bundesweit. Entscheidend ist die Qualifikation, auch Berufserfahrung wird berücksichtigt. Für rund 600 Berufe gibt es einen allgemeinen Anspruch auf Anerkennung. Weitere Informationen und kostenlose Beratung finden sich hier.

Ein weiteres Thema im Beirat war die Arbeit der Bundespolizei, die Polizeirat Dr. Ralf Gnüchtel, Leiter der Bundespolizeiinspektion Trier, vorstellte. Rund 41.000 Mitarbeiter_innen hat sie in Deutschland. Dem zentralen Präsidium in Potsdam sind zehn regionale Direktionen und 77 Inspektionen unterstellt, wobei die Inspektion Trier ständig arbeitet. Der Anteil an Frauen und Migrant_innen sei nach wie vor sehr gering, sagte Gnüchtel. „Aber das ist eine Frage der Zeit.“

Die Bundespolizei ist etwa an den Außengrenzen und in der Bahn tätig sowie bei „besonderen Einsatzlagen“ wie Großbränden, Fußballspielen oder Demos. Interkulturelle Kompetenz gehöre für die Beamten zum Lernstoff, versicherte Gnüchtel.

Weitere Informationen finden sich hier.

Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine

23.11.2013	**Interkulturelles Fest, Bendorf,** 13.00-18.00 Uhr. Nähre Infos hier!
30.11.2013	**Netzwerkarbeit – Nein, danke? Ja, bitte!** Germersheim, 11.00-16.00 Uhr. Nähere Infos hier!
12.12.2013	**Muslimische Frauen in Deutschland - Zwischen Akzeptanz und Ablehnung,** Worms, 9.00-17 Uhr Nähre Infos hier!

Wenn Sie die Aktivitäten Ihres Beirats vorstellen möchten, wenden Sie sich bitte an newsletter@agarp.de
Unser nächster Newsletter wird voraussichtlich im Januar 2014 erscheinen.